



d

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zum Versorgungsangebot für Long COVID-Patientinnen und -Patienten im Freistaat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, wie der aktuelle Versorgungsstand, Kapazitäten, Kommunikation zum Thema (u. a. auch Aufklärungskampagnen), Kooperation, Bündelung und Weitergabe der Expertise bzw. Versorgungs- und Kapazitätsmöglichkeiten im Bereich der Rehabilitations- und Gesundheitsversorgung bei Patientinnen und Patienten mit dem Verdacht sowie der Diagnose Post- bzw. Long COVID und Post-Vac-Syndrom in allen Regierungsbezirken Bayerns sind.

Begründung:

Als Long COVID gelten Folgen einer COVID-19-Erkrankung, die auch noch vier Wochen nach der Infektion bestehen. Beschrieben wird eine Vielzahl an Symptomen, vor allem Erschöpfung, eingeschränkte Belastbarkeit, Konzentrationsschwierigkeiten, aber auch Fehlfunktionen des Nervensystems verbunden mit Kreislaufproblemen usw. Laut dem Corona-Expertenrat der Bundesregierung entwickelt eine Mehrheit jener Menschen Langzeitkomplikationen, die einen schweren Verlauf der COVID-19-Krankheit durchlitten haben und auf Intensivstationen behandelt wurden. Aber auch gut 10 Prozent der milden Erkrankungen führten noch zu Post COVID, einer Unterform von Long COVID, bei der die Beschwerden selbst drei Monate nach der Infektion noch vorliegen und zu Einschränkungen im Alltag führen.

Der Corona-Expertenrat hatte im Mai 2022 in einer Stellungnahme kritisiert, dass das derzeitige Versorgungsangebot angesichts der steigenden Zahl an Patientinnen und Patienten bei Weitem nicht ausreiche. Der Rat legte eine Liste von Maßnahmen vor, die dringend notwendig seien, um die Auswirkungen von Long COVID bewältigen zu können. Zu den Forderungen zählen die Ausweitung der Forschungsförderung, Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung sowie für Beschäftigte im Gesundheitswesen und die Etablierung flächendeckender Versorgungsstrukturen. Im Detail empfiehlt der Rat unter anderem nicht nur die Einrichtung von Spezialambulanzen und Rehakliniken für die Versorgung von Betroffenen aller Altersgruppen, aber auch ein verbessertes Behandlungsangebot. In ambulanten und stationären Einrichtungen sollen Fachexpertisen gebündelt werden. Auch die bislang ungenügende Kommunikation zum Thema wurde kritisiert. Dies führe nicht nur zu Wissenslücken und Verunsicherung in der Bevölkerung, sondern auch zu schwereren Erkrankungen und Stigmatisierung.

In sehr seltenen Fällen kann eine Impfung Symptome auslösen, die dem Long COVID-Krankheitsbild nach einer Coronavirusinfektion ähneln. Die genaue Ursache für

das Post-Vac-Syndrom ist noch unklar. Auch diese Menschen sollten eine entsprechende und schnelle Hilfe in Spezialambulanzen finden können.

Ein Bericht zur Situation in Bayern soll aufzeigen, in welchen konkreten Bereichen noch Nachholbedarf besteht, und somit eine rechtzeitige Nachsteuerung zum Wohle der Betroffenen ermöglichen.